

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Haussallee 2-10, 5300 Bonn 12

Postfach: 120 406
Telefon: (0 22 21) 21 90 38/39
Telex: 08 86 548-48 ppbn d



Inhalt

Antje Huber, Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit, zieht eine positive Bilanz des fünfjährigen Modellprojekts "Tagesmütter".

Seite 1/2

Hans-Jürgen Augstein MdB fordert sozialpolitische Hilfen für die deutsche Stahlindustrie. Seite 3

Karsten Voigt MdB, stellv. Obmann der SPD-Fraktion im Auswärtigen Ausschuß des Deutschen Bundestages, verurteilt die Verhaftung oppositioneller Politiker in Iran. Seite 4

Fritz Sänger, ehemaliger Chefredakteur des SPD-Pressedienstes, würdigt das Wirken seines Nachfolgers anlässlich des 70. Geburtstages von Günter Markscheffel. Seite 5/6

Willfried Penner MdB zieht eine Bilanz des Lutze/Wiegel-Untersuchungsausschusses. Seite 7/8

Herausgeber und Verleger:

Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (0 22 21) 37 66 11

33. Jahrgang / 220

15. November 1978

Projekt "Tagesmütter" eine attraktive Alternative

Fünf Jahre Modellversuch haben sich gelohnt

Von Antje Huber MdB

Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit

Fünf Jahre Modellprojekt "Tagesmütter" bedeutete für Jahre Erprobung einer wenig bekannten Form der Kindertagesbetreuung. In den Jugendämtern standen die Tagesmütter im Schatten der institutionellen Betreuungsformen in der Resonanz in den Modellschwerpunkten und darüber hinaus.

In allen Modellschwerpunkten wurden Pflegeelternvereine gegründet, die nach einer Phase der Konsolidierung heute kontinuierlich ihre Arbeit durchführen. Sie sehen ihre Aufgaben insbesondere darin, die Interessen der Pflegeeltern, nicht nur der Tagespflegeeltern, zu vertreten und Gesprächspartner für das Jugendamt zu sein. Darüber hinaus haben sie sich aber auch zusammengeschlossen, um gemeinsam das Gespräch mit anderen zu finden, die gleiche Probleme haben. Eine Fortsetzung der "Tagesmütter"-Arbeit wird gewünscht. Das schon deshalb, weil die institutionelle Kleinkinderbetreuung häufig noch unter ungünstigen Bedingungen erfolgt, so daß die Pflegestellen schon jetzt für viele Eltern eine attraktivere Alternative bedeuten.

Die Befürchtungen der Kritiker des Modellprojekts "Tagesmütter", daß die Kinder ihren Eltern entfremdet werden oder sie in ihrer intellektuellen und emotionalen Entwicklung gegenüber anderen Kindern, insbesondere denen, die in den Elternfamilien betreut werden, zurückbleiben könnten, haben sich als unbegründet herausgestellt.

Die vorläufigen Ergebnisse einer begleitenden Untersuchung haben nach erster Durchsicht gezeigt, daß zwischen Kindern, die in Elternfamilien betreut werden und den "Tagesmutterkindern" keine Entwicklungsunterschiede festzustellen sind. Diese ermutigenden Erkenntnisse veranlassen mich dazu, auch

für andere Pflegeeltern nach Wegen der Unterstützung zu suchen. Der Abschlußbericht der wissenschaftlichen Begleitung wird im Herbst 1979 vorliegen.

Das zur Zeit im Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit in enger Zusammenarbeit mit den Ländern konzipierte Projekt "Beratung im Pflegekinderbereich" soll in den nächsten Jahren wiederum in Modellschwerpunkten nicht nur die Tagespflege, sondern auch die Bedingungen der Wochenpflege und der sich dort stellenden Probleme untersuchen. Bewußt wird auch die Dauerpflege einbezogen, weil die besonderen Verhältnisse, die sich zwischen Pflegeeltern und Kindern sowie zwischen Eltern und Pflegeeltern entwickeln, spezielle Problemlagen schaffen und Antworten verlangen, die außerhalb des Rahmens der Betreuung in Tages- und Wochenpflege liegen. Letztere wollen ja keinen Ersatz für die Elternfamilien bieten, sondern verstehen sich als ergänzende und unterstützende Form der Erziehung der Kinder in der Familie. Bei dem geplanten neuen Modellprojekt geht es vor allem darum, die Bedingungen der drei Partner (Eltern, Pflegeeltern, Jugendamt) zu analysieren und alternative Möglichkeiten zur Verbesserung im Pflegesonderbereich aufzuzeigen.

Natürlich haben auch Pflegeeltern oft kein ausreichendes pädagogisches Wissen und pädagogische Fähigkeiten. Häufig haben sie nur praktische Erfahrungen in der Kindererziehung, und das kann zu Unsicherheiten führen, die für die Entwicklung der Kinder nicht von Vorteil sind. Darum müssen auch die Pflegeeltern von qualifizierten Mitarbeitern des Jugendamtes beraten werden und an Fortbildungsveranstaltungen der Elternbildung teilnehmen.

Elternbildung ist auch Pflegeelternbildung

Deshalb müssen im Jugendamt die materiellen Voraussetzungen, insbesondere die personellen und finanziellen, aber auch die berufliche Weiterbildung der Mitarbeiter, vorhanden bzw. möglich sein.

Pflegeelternberatung verlangt eine weitere Qualifikation der Mitarbeiter in den Jugendämtern, um den neuen Anforderungen entsprechen zu können. Darüber hinaus gilt es, die Eltern mit der ungewohnten Situation vertraut zu machen. Nicht immer stimmen die Erziehungsvorstellungen der Eltern mit denen der Pflegeeltern überein. Es hat sich aber in der Praxis des Modellprojekts "Tagesmütter" gezeigt, daß dieses Problem keine größeren Schwierigkeiten bereitet, weil die Eltern ihre Kinder in der Regel zu solchen Tagesmüttern geben, die mit ihnen "auf der gleichen Wellenlänge liegen".

Schwierige Probleme, die nur in Zusammenarbeit mit den Ländern gelöst werden können, sind die Fragen der Betreuungskosten für die Eltern und die Honorierung der Leistungen der Pflegeeltern. Die heute gültigen Regelungen belasten stärker die Eltern, die ihre Kinder, aus welchen Gründen auch immer, in eine Pflegestelle geben und das Angebot der institutionellen Kinderbetreuung nicht wahrnehmen. Während die einen die Kosten in voller Höhe selbst tragen müssen, erhalten andere, unabhängig von ihrer Einkommenssituation, öffentliche Zuschüsse für die Betreuungskosten über die Subventionierung der Kinderbetreuungseinrichtungen. Zu prüfen ist auch, ob die Aufwendungen der Pflegeeltern angemessen berücksichtigt werden. Der Ruf nach mehr Geld ist nicht sehr populär. Dennoch sollten die Ansätze so erfolgreicher Pflegeformen nicht versanden.

(-/15.11.1978/va-he/hgs)

Der Davignon-Plan bringt keine Dauerlösung

Die Stahlindustrie braucht auch sozialpolitische Hilfen

Von Hans-Jürgen Augstein MdB

Der Entwurf des Bundeshaushalts 1979 läßt nicht erkennen, wie es mit der deutschen Eisen- und Stahlindustrie in den nächsten Jahren weitergehen soll. Denn über die bisher üblichen Maßnahmen, wie die Koks-Kohle-Beihilfe, hinaus sind keine Mittel eingesetzt worden. Dabei weiß jedermann, daß die ja keineswegs nur nationalen, sondern weltweiten Probleme dieser Branche nicht ohne staatliche Hilfe gelöst werden können.

Zur Zeit ist keine geschlossene Aktion der deutschen Eisen- und Stahlindustrie bekannt, die das Ziel hätte, die Bundesregierung zur Verdeutlichung ihrer mittel- und langfristigen Absichten zu veranlassen. Dennoch liegt es einzelnen Unternehmen, so Klöckner oder Salzgitter, natürlich sehr daran, in Bonn zu klären, ob nicht etwa das Saarmodell - hier werden u.a. Investitionszuschüsse für Modernisierungsmaßnahmen gegeben - auf die gesamte Branche übertragen werden kann.

Die Frage darf in der Tat nicht länger unbeantwortet bleiben, wie denn die Stahlindustrie in den nächsten Jahren über die Runden kommen soll. Der Davignon-Plan bringt nämlich keinesfalls eine Dauerlösung. Der Brüsseler Kommissar sieht Mengengerüherung, Preiserhöhung und eine "Restrukturierung", also Kapazitätseinschränkungen vor. Von solchen administrativen Eingriffen sollte man nicht zu viel erwarten, der Markt reagiert eben oft nicht so, wie man es vom grünen Tisch aus möchte.

Deshalb muß die Forderung nach sozialpolitischen Hilfen für diese Branche, die am 7. November auch im Mittelpunkt der Stahlkonferenz der IG Metall in Mülheim stand, weiter auf der Tagesordnung bleiben. Wenn nach einer Verringerung der Beschäftigtenzahlen in der europäischen Stahlindustrie um fast 76.000 in den letzten drei Jahren bis 1980 weitere 100.000 bis 140.000 Stahlarbeiter "freigesetzt" werden müssen, dann kann und darf dies die Sozialpolitiker nicht ungerührt lassen.

Um wenigstens die schlimmsten Härten zu vermeiden, müssen Mittel und Wege gefunden werden, um in der Stahlindustrie zu einer Senkung der Altersgrenze auf 55 Lebensjahre zu kommen, zumindest für die in erster und zweiter Hitze Beschäftigten. Und auch die Forderung nach der schrittweisen Einführung der 35-Stunden-Woche kann und darf nicht einfach als utopisch beiseitegeschoben werden. Das Arbeitslosengeld muß schließlich auch aufgebracht werden.

Gewiß darf man nicht übersehen, daß die Rentenversicherung zwar über den Berg gelangt, aber nicht auf Rosen gebettet ist. Und natürlich darf gerade in dieser schwierigen Zeit der Handlungsspielraum der Unternehmen nicht zusätzlich eingengt werden. Aber gerade deshalb ist Bonn gefordert. In den Haushalten künftiger Jahre müssen die Hilfen für die Stahlindustrie spürbar erhöht werden. (-/15.11.1978/ks/hgs)

+ + +

Eine Provokation aller demokratischer Sozialisten

Der Schah zerschlägt demokratische und soziale Alternativen

Von Karsten Voigt MdB

Stellvertretender Obmann der SPD-Bundestagsfraktion im Auswärtigen Ausschuß

Die Politiker und Journalisten, die nur vor wenigen Monaten noch den Iran als Land der Stabilität und die Politik des Schahs als "weiße Revolution" gepriesen haben, sind schweigsam und hoffentlich auch nachdenklich geworden.

Der Behauptung, die Kritik am Schah-Regime würde nur von kleinen extrem religiös-konservativen oder linksradikalen marxistischen oder anarchistischen Minderheiten getragen, ist durch den Massenprotest gegen die Politik des Schahs der Boden entzogen worden.

Es bleibt eine weitverbreitete Hilflosigkeit westlicher Politiker, die Alternativen zum Schah nicht sehen oder sehen wollen und deshalb auch die neue Militärregierung noch als ersten Schritt zur Liberalisierung zu interpretieren versuchen.

Diese Militärregierung hat nun als eine ihrer ersten Amtshandlungen Karim Sandjabi, den Vorsitzenden der Nationalen Front und Dariush Foruhar, den Sprecher der Nationalen Front verhaftet: Die Nationale Front umfaßt als Dachorganisation mehrere politische Parteien und stellt die größte, nicht religiös gebundene Oppositionsgruppe im Iran dar. Karim Sandjabi wurde nach der Rückkehr aus Paris, wo er sich auf gewisse gemeinsame Grundsätze mit dem im Exil lebenden Schiitenführer Chomeini geeinigt hatte, festgenommen. Er wurde verhaftet, bevor er auf einer Pressekonferenz über diesen Einigungsprozess in der Opposition und über seine eigenen politischen Vorstellungen berichten konnte.

Die Verhaftung Karim Sandjabis ist nicht nur ein Schlag gegen diejenigen, die noch auf das Liberalisierungsstreben des Schahs und seiner Militärregierung hoffen, sie stellt darüber hinaus auch eine von uns Sozialdemokraten nicht zu übersehende und durch Schweigen nicht zu verdeckende Provokation der in der Sozialistischen Internationale zusammengeschlossenen Parteien dar.

Karim Sandjabi war als Vorsitzender der Nationalen Front als Gast zum Kongreß der Sozialistischen Internationale nach Vancouver eingeladen worden. Er ließ sich dort vertreten, weil er seine Beratungen in Paris fortsetzen wollte. Der, den die demokratischen Sozialisten aufgrund seiner politischen Grundhaltung bei sich als Gast einladen, wurde stattdessen dann anschließend von der Militärregierung inhaftiert.

Kurz vor seiner Verhaftung in Teheran hatte in Paris Karim Sandjabi gegenüber der "International Herald Tribune" gesagt, daß er zwar mißtrauisch gegenüber den Vereinigten Staaten, noch skeptischer aber gegenüber der Sowjetunion und der Kommunistischen Partei des Iran sei". So zerschlagen der Schah und seine Militärregierung die sozialen und freiheitlichen Alternativen auch der religiösen und der nicht religiös gebundenen Opposition. Der Schah und seine Politik selbst sind eine der Hauptursachen, wenn heute demokratische und soziale Alternativen im Iran nicht stärker sind.

(-/15.11.1978/vs-he/hjs)

Ein Leben für Freiheit, Recht und Fortschritt

Zum 70. Geburtstag von Günter Markscheffel am 16. November

Von Fritz Sänger

Ehemaliger Chefredakteur des SPD-Pressedienstes

So sehr ich mich bemühe, ich erinnere mich nicht, je eine pathetische Geste gesehen, je ein aufgeblähtes Wort gehört, je den Eindruck gewonnen zu haben, es käme Günter Markscheffel auf Anerkennung, gar auf Geltung an, darauf, mehr zu scheinen als er mit seinen Gaben und Qualitäten, seiner Hingabe an die Sache, um die es ihm geht, stets hergegeben hat. Wer mit ihm ging, der weiß, daß dies sehr viel war und immer wieder ist. Dieser Mann, ein Stiller in einer ihm oft allzu lauten Welt, der nicht nur seine Pflicht erfüllt, hat in den sieben Jahrzehnten seines Lebens und in dem mehr als einem halben Jahrhundert der beruflichen Arbeit Wollen und Können aufgeboten, damit Freiheit, Recht und Fortschritt nicht Phrasen bleiben, nicht deklamiert, sondern verwirklicht werden. Nicht die Theorie, aber der Weg von ihr zur Wirklichkeit erschien ihm als die Aufgabe, die zu erfüllen ist. Politik als Handlung und als ständiges Vorankommen betrieb und betreibt er noch immer als Handwerk, das er bis zur Kunst entwickelte.

Hat je einer seiner Freunde gewußt, daß ihm Ehrungen zuteil geworden sind, daß er verdiente Würdigungen erfahren hat? Er war und ist und bleibt ein freier Journalist, gleichgültig, in welcher Position er es war und heute sein kann. Das ist eine große Bürde, wenn man die Aufgabe ernst nimmt, und sie ist für sich allein "der Lohn, der reichlich lohnt".

Am 16. November 1908 wurde Günter Markscheffel im oberschlesischen Gleiwitz geboren. Dort und in Hirschberg ging er zur Schule, volontierte in Waldenburg bei der damaligen "Bergwacht" und machte seinen Weg als Journalist, bis er 1933 von den Nazis verhaftet wurde.

Er konnte aus der Untersuchungshaft fliehen, lebte illegal in Berlin, als Journalist, natürlich, denn er gab eine Zeitung heraus, "Die Freiheit", heimlich, aber im zweiten Jahr der Diktatur mußte er in das damals noch bedingt freie Saargebiet und weiter nach Frankreich fliehen. Die Leiden und Lasten der Emigration ertrug er als Fabrikarbeiter, Monteur, Stopper bei der Eisenbahn, als Journalist, in der Internierung, als heimlicher Helfer der Partei, der Informationen nach Deutschland hineinleitete.

Als der Krieg beendet war, boten von Günter Markscheffel im Auftrage des Parteivorstandes der SPD vorbereitete und geförderte Kontakte zu den politischen Freunden in

anderen europäischen Ländern, vornehmlich in Frankreich die Möglichkeit zu sofortiger Hilfe für die Soldaten, die Kriegsgefangenen, die Emigranten eine Brücke zur Heimat. Nachdem er dann heimgekehrt war, erschien in Mainz die einst in Berlin illegal verbreitete "Freiheit" als Zeitung der demokratischen Sozialisten. Markscheffel war der Chefredakteur.

1957 folgte er dem Ruf zur verantwortlichen Leitung der offiziellen täglichen Publikationen der SPD, des "Sozialdemokratischen Pressedienstes" und des "Parlamentarisch-Politischen Pressedienstes". Bis 1970 hat er in diesen Blättern die Meinung der Partei zu den politischen Tagesereignissen und zu grundsätzlichen Fragen formuliert und dargeboten. In einer großen Zahl von Artikeln und Reportagen berichtete er über seine Reisen nach Afrika, in die osteuropäischen Länder, nach Skandinavien. Er bezeugte in seinen Beiträgen die besondere Fähigkeit zur schnellen und sorgfältigen Analyse festgestellter Tatsachen, zum Erkennen und Eingrenzen politischer Zusammenhänge und Hintergründe und eine zuverlässige kritische Reaktion auf dargebotene Vorschläge. Dieser Journalist und Politiker läßt sich nicht berauschen und verleiten, er baut keine Luftschlösser, weder für sich noch für andere. Das Bewußtsein großer Verantwortung hütet ihn vor Illusionen und apolitischen Demonstrationen.

Der 1969 in das höchste Staatsamt der Bundesrepublik gewählte Dr. Gustav Heinemann machte es sich zunutze, daß Günter Markscheffel diese Gaben besitzt. Als persönlicher Referent, wie die bescheidene Kennzeichnung seiner Position lautete, hat er dem Bundespräsidenten zur Seite gestanden. Als er 1974 dann "eines Amtes ledig" wurde, war er, was er nach seinem Wesen sein muß, geblieben ist und bleiben wird, wieder ein unabhängiger, ein freier Journalist.

Zu keiner Zeit haben ihm Ämter oder Aufgaben in der Parteiorganisation, im Rundfunkrat, im Berufsverband oder in anderen öffentlichen Gremien in seiner Haltung als Journalist beeinträchtigt; weder Wille noch Fähigkeit zur objektiven Sicht und zum redlichen Urteil wurden gemindert. Dieser Mann und seine Arbeit sind Beispiel dafür, daß ein charaktvoller Mensch auf jedem Posten einer wichtigen Sache mit innerer Wahrhaftigkeit um ihrer selbst willen dienen und nutzen kann. Dafür schulden wir ihm Dank.

Günter Markscheffel hat in solcher Weise seinen Weg beharrlich und erfolgreich und ohne Trompetengeschmetter gemacht. Er errang den Anspruch darauf, auch in künftiger Zeit sein Tun und seine Lebensart wie bisher für die Freiheit, für das Recht und für den ständigen Fortschritt einsetzen zu können. Dies ist sein Anspruch auf Glück. Wir wünschen es ihm für eine lange Zeit!

(-/15.11.1978/ks/hgs)

Sicherheitserkenntnisse praktisch nutzen

Zur Arbeit des Untersuchungsausschusses Lutze/Wiegel

Von Dr. Wilfried Penner MdB

Vorsitzender des Arbeitskreises Inneres der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion

Bei meiner Mitarbeit als stellvertretender Vorsitzender des Bundestags-Untersuchungsausschusses über den Spionagekomplex Lutze/Wiegel, ist erneut sichtbar geworden, daß Georg Leber als ein bedeutender Verteidigungsminister der Bundesrepublik Deutschland in die Geschichte eingehen wird. Seine Verdienste und seine Leistungen sind gerade für mich durch die Beratungen im Untersuchungsausschuß noch klarer geworden, weil ich bisher mit der Verteidigungspolitik nicht zentral beschäftigt war.

Der Verteidigungsausschuß als Untersuchungsausschuß hat folgendes festgestellt:

- Bei dem Spionagefall Lutze/Wiegel handelt es sich nach übereinstimmender Auffassung im Ausschuß um einen besonders schwerwiegenden Fall.
- Die Behandlung dieses Falles im Verteidigungsministerium läßt erkennen, daß die strafrechtlichen Ermittlungen nicht behindert wurden. Jedoch ist die militärpolitische und sicherheitspolitische Bearbeitung des Falles im Ministerium nach Auffassung des Ausschusses nicht in der bestmöglichen Weise erfolgt; dies ist auf Jahrzehnte alte Kompetenzstreitigkeiten, auf unklare organisatorische Regelungen und auf gewisse Schwächen in der administrativen Bearbeitung der dafür zuständigen Beamten im Ministerium zurückzuführen. Inzwischen wurden durch organisatorische Veränderungen und Klarstellung der Zuständigkeiten Konsequenzen durch des Ministerium gezogen.
- Das Verteidigungsministerium verfügte zwar über die erforderlichen Sicherheitsvorschriften, ihre Handhabung in der Praxis hat jedoch Unsicherheiten und Koordinationsmängel deutlich gemacht.
- Verstöße gegen Sicherheitsbestimmungen sind vom Ausschuß festgestellt worden, dürfen aber nicht ursächlich für den Spionagefall gewesen sein: Wenn "der Bock zum Gärtner gemacht" wird, wenn also Spione zu Verschlusssachenverwaltern bestellt oder als Chefsekretärin zum Umgang mit streng geheimen Unterlagen ermächtigt werden, helfen die Detailbestimmungen über die Sicherheitsvorkehrungen wenig; entscheidend ist vielmehr eine bessere Abschirmung und eine genauere Personenüberprüfung.
- Von interessierten Kreisen ausgestreute Verdächtigungen bestimmter Personen haben sich nach den Ergebnissen der Untersuchung nicht bewahrheitet.

Man kann fragen, ob diese Ergebnisse ein Untersuchungsverfahren mit seinen spektakulären Nebenwirkungen für einen so wichtigen und empfindlichen Bereich wie den der Verteidigungs- und Sicherheitspolitik rechtfertigen. Die militärpolitische Gesamtwürdigung, die bündnispolitischen Aspekte, mögliche Fragen zum Zustand strategischer Konzeptionen, die sich hätten anschließen können, wurden vom Untersuchungsausschuß nicht verfolgt. Wenn das Karo insofern nicht groß genug erscheint, muß allerdings folgendes gesehen werden:

Untersuchungsgegenstände, Zielrichtung, Themen und auch der daraus sich ergebende Stil eines Untersuchungsverfahrens werden entscheidend von der Minderheit bestimmt; die Opposition, die die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses erzwingen kann, prägt auch

Gegenstand und Niveau der zu untersuchenden Fragenkomplexe.

Dazu hat das Bundesverfassungsgericht in seinem jüngsten Beschluß vom 2. August 1978 (- 2 BvK 1/77 -) bezüglich eines parlamentarischen Untersuchungsverfahrens in Schleswig-Holstein unter anderem folgendes ausgeführt:

- "Dem Recht der Minderheit auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses (steht) die Befugnis zur Seite, grundsätzlich allein den Gegenstand der Untersuchung zu bestimmen."
- Es muß "vor allem der Minderheit überlassen bleiben, den Gegenstand der von ihr beantragten Untersuchung festzulegen".
- Es ist "unzulässig, den Untersuchungsausschuß gegen den Willen der Antragssteller mit der Untersuchung der Zusatzfragen zu beauftragen".

Diese Grundsätze wurden vom Verteidigungsausschuß als Untersuchungsausschuß entsprechend den übernommenen IPA-Regeln angewandt. Die Vertreter der Koalition im Ausschuß haben sich laufend um ein möglichst großes Maß an Gemeinsamkeit in der Behandlung des Falles bemüht, um dadurch dem Schwergewicht der Verteidigungs- und Sicherheitspolitik Rechnung zu tragen und unadäquate Detailstreitigkeiten zu vermeiden. Dieses Bestreben hat letztlich zu einer Gliederung des Ausschußberichts geführt, die die von der Minderheit für mitteilenswert gehaltenen personenbezogenen Nachforschungen und Spekulationen in einem besonderen Abschnitt zusammenzufassen, über den sich der Leser ein Urteil bilden kann.

Insgesamt ist zu den Ergebnissen des Verfahrens festzuhalten:

- Die Kontrolle der bewaffneten Macht durch das Parlament ist, auch und gerade im Blick auf die äußere Sicherheit, ein Anliegen der Koalition; die Ausübung dieser Kontrolle durch den Verteidigungsausschuß ist unverzichtbar. Der Einsetzung des Verteidigungsausschusses als Untersuchungsausschuß ist deshalb nicht entgegengetreten worden.
- Dem Verteidigungsausschuß sind durch sein Untersuchungsverfahren zusätzliche Erkenntnisse über den militär- und sicherheitspolitischen Bereich zuteil geworden; es kommt nunmehr darauf an, diese Erkenntnisse zu nutzen und gemeinsam dafür zu sorgen, daß ähnliche Vorkommnisse nach Möglichkeit vermieden werden.
- Ein Untersuchungsverfahren erfüllt gleichwohl nicht alle Anforderungen, die an die parlamentarische Kontrolle des Verteidigungsbereichs zu richten sind. Besonders scheint die einladende Wirkung der öffentlichen Resonanz des Untersuchungsverfahrens manche Beteiligten dahin zu führen, daß zwischen der Verantwortlichkeit für den Sicherheitsbereich einerseits und den personenbezogenen oder öffentlichkeitsbezogenen Effekten andererseits nicht immer ausreichend abgewogen wird.
- Das Verteidigungsministerium hat personelle und administrative Konsequenzen gezogen, organisatorische Neugliederungen veranlaßt und durch zusätzliche Maßnahmen der Absicherung und Überprüfung Sicherheitslücken geschlossen. Es kommt nun darauf an, daß der Verteidigungsausschuß sich wieder voll seinen primären Aufgaben widmet und die Ergebnisse des Untersuchungsverfahrens dazu nutzt, in Zukunft innerhalb seiner üblichen Arbeit den Sicherheitserfordernissen des militärpolitischen und sicherheitspolitischen Bereiches Rechnung zu tragen. (-/15.11.1978/ks/hgs/10)